

# Wissenschaft als Waffe?

## Zivilklausel und Friedensforschung statt Forschung zu militärischen Zwecken

»Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen.«  
(Martin Löwenberg, 2011)

Am 29. Mai 2024 wandten sich 180 palästinensische Wissenschaftler:innen mit dem eindringlichen Appell, den Wiederaufbau der Bildung in Gaza zu ermöglichen und zu unterstützen, an die Weltgemeinschaft, denn: »Bildung ist nicht nur ein Mittel zur Vermittlung von Wissen, sondern eine wichtige Säule unserer Existenz und ein Hoffnungsschimmer für das palästinensische Volk.«<sup>1</sup> Diese Bedeutung von Bildung schlummert in den Hochschulen – auch der Bundesrepublik. Mit der bundesweiten Zivilklauselbewegung arbeiten wir daran, dass immer mehr Wissenschaftler:innen den Anspruch entwickeln, mit ihrer Tätigkeit zu einer friedlichen Entwicklung beizutragen, ihre Arbeit von daher rein zivil zu verstehen und zu gestalten und sich dafür zusammenschließen. Entgegen dem Druck, dass auch die Hochschulen »kriegstüchtig« werden sollen, geht es um eine Neubestimmung der Wissenschaften, ihrer Inhalte und Aufgaben in Richtung einer Indienstnahme für die Menschlichkeit. Zur Verwirklichung des Vorhabens, haben wir uns vor allem mit Studierenden und Lehrenden, aber auch Gewerkschafter:innen und Friedensbewegten als Zivilklauselbewegung auf zwei Kongressen im November 2023<sup>2</sup> und März 2024<sup>3</sup> neu konstituiert. Auf dem ersten Kongress hat der Kasseler Friedenswissenschaftler Werner Ruf unser Wirken neu gefasst als »Kampf um die Köpfe«, um die »geistige Lufthöhe« in den Hochschulen zurückzugewinnen.

Mit ähnlichen Ambitionen haben bereits viele Wissenschaftler:innen geforscht, um die Institutionalisierung von Friedenswissenschaften gestritten und tun dies auch heute. Dieses Wirken wollen wir in dem Bewusstsein aufgreifen, dass die ausgerufene »Zeitenwende« zum Anlass genommen wird, um das Ringen um die Zweckbestimmung der Wissenschaften stärker in Richtung der Öffnung von Hochschulen für militärische Forschung zu entscheiden. Im Juni wurde eine interne Kommunikation

*Für Wissenschaftler:innen stellt sich angesichts der globalen Lage und Herausforderungen die Frage, ob und für welche Zwecke sie ihr potenziell freies wissenschaftliches Schaffen nutzen. Entgegen dem Druck, dass auch die Hochschulen »kriegstüchtig« werden sollen, geht es um eine Neubestimmung der Wissenschaften, ihrer Inhalte und Aufgaben, in Richtung einer Indienstnahme für die Menschlichkeit. Der Erhalt und Ausbau von Zivilklauseln ist in diesem Prozess wesentlicher Bestandteil.*

des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zur Überprüfung der Streichung von Fördermitteln für eine Gruppe von Professor:innen aufgedeckt.<sup>4</sup> Diese hatten in einem offenen Brief<sup>5</sup> die Bedeutung der Hochschulen als Ort der Auseinandersetzung, Aufklärung und Positionsbildung herausgestellt und damit eine studentische Besetzung der FU Berlin unterstützt. Hintergrund war der laufende Krieg in Gaza. Diese Affäre wie auch die Forderungen nach dem Rücktritt der Präsidentin der TU Berlin, Geraldine Rauch<sup>6</sup>, aufgrund ihrer friedenspolitischen Positionierungen, sind markante Beispiele für die aktuelle Umkämpftheit der Wissenschaft und Wissenschaftsfreiheit nach Art. 5 GG. Als Hochschulmitglieder sind wir neu gefordert, die aufbrechenden Konflikte und Kriege zu beenden und ihr Grundübel, die soziale Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern, zu überwinden. Im Mittelpunkt steht die Frage: Wem nützt die Wissenschaft?

### Die »Zeitenwende« als Anlass zur Neufundierung der Friedenswissenschaft

Diese Frage stellt sich in einer Lage, wo mit den vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnissen ein sehr viel größerer Wohlstand für die Allgemeinheit möglich wäre. Die Produktivität und damit der Reichtum sind groß genug, um alle Menschen welt-

weit zu ernähren. Dennoch hungerte 2023, nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO<sup>7</sup>, jeder elfte Mensch auf der Welt. Auch für Wissenschaftler:innen stellt sich damit die Frage, ob sie sich für eine vernünftige Nutzung von Forschungsergebnissen positionieren.

Entgegen einer solchen neu zu realisierenden Entwicklungstendenz wird mit der Verkündung der »Zeitenwende« 2022 verstärkt versucht, die Wissenschaften stärker für militärische Forschung nutzbar zu machen und sie zu »Harter Geopolitik« (Joybrato Mukherjee, Rektor der Uni zu Köln)<sup>8</sup>, umzudefinieren, da sich die Hochschulen gegen die Interessen anderer Staaten schützen müssten. Bildungsministerin Stark-Watzinger hat sich in etlichen Zeitungsbeiträgen<sup>9</sup> mit Verweis auf eine Verschärfung der Wissenschaftspolitik gegen China für eine Lockerung der strikten Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung an deutschen Hochschulen ausgesprochen.

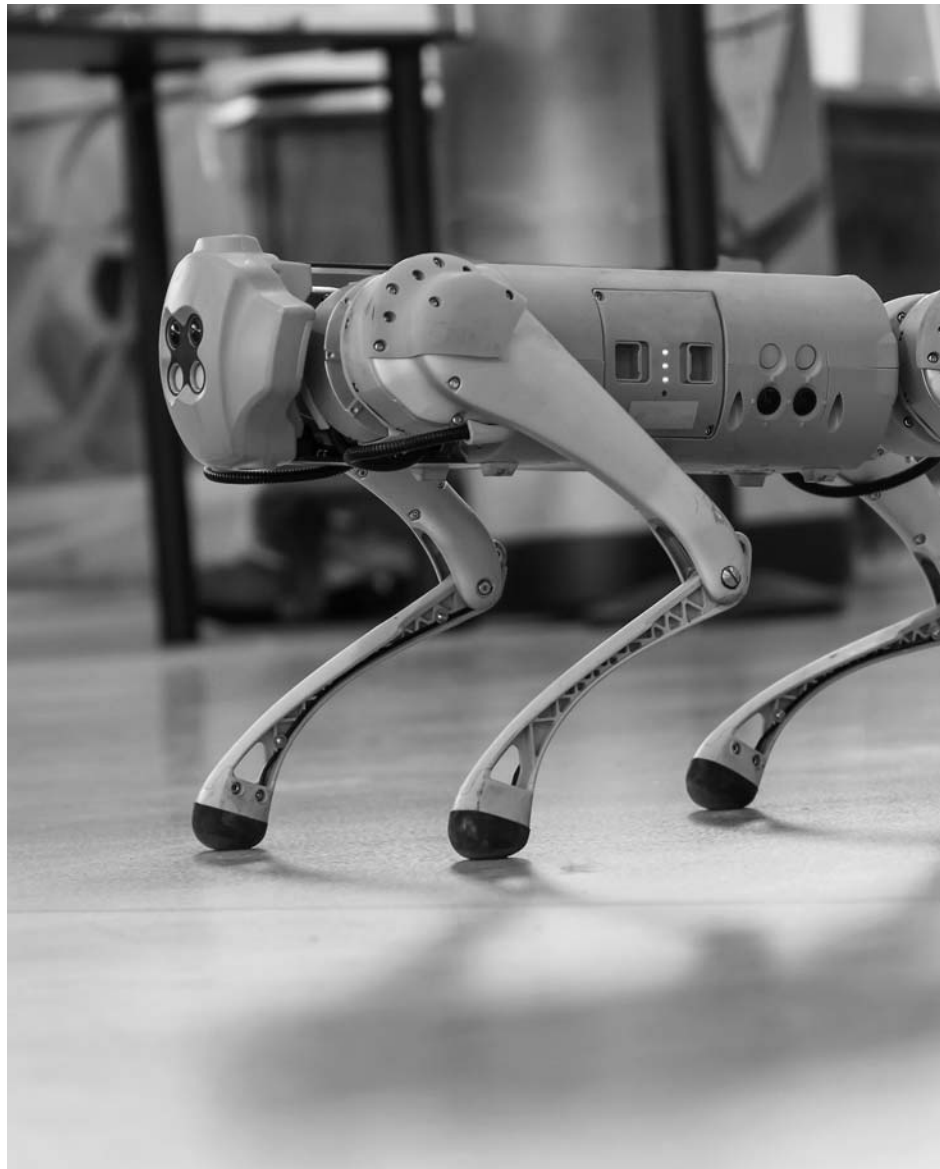
Umgesetzt werden soll dies mit dem im März 2024 veröffentlichten Positionspapier des BMBF zur »Forschungssicherheit«<sup>10</sup>. Aufbauend auf der »Nationalen Sicherheitsstrategie« und der »China-Strategie« der Bundesregierung sollen die Wissenschaften zur Aufrechterhaltung des Zugriffs der Unternehmen auf Rohstoffe, Absatzmärkte und billige Arbeitskräfte beitragen. Wegen des sich zuspitzenden Abstiegskampfes der Westmächte gegenüber »Staaten wie China oder Iran«, rhetorisch verschleiert als »systemische Rivalität« und »Multipolarität«, sei eine militärische Neu-

orientierung der Hochschulen durchzusetzen, nach Vorbild der USA und Israel. Im Kommentar der »Initiative Hochschule für den Frieden – Ja zur Zivilklausel« identifizieren wir den gesellschaftlichen Konflikt, in den sich das BMBF mit diesem Vorhaben begibt: »Die Forderung nach der militärischen Öffnung der Hochschulen hat besondere politische Sprengkraft, dies ist auch dem BMBF bewusst: »Bislang ist die Zusammenarbeit von ziviler und militärischer Forschung aus gewichtigem historischem Grund auf wenige ausgewählte Bereiche beschränkt. [...] Zivil Forschende in Deutschland sind in dieser Hinsicht bislang mitunter zurückhaltend.« (BMBF: 8)«<sup>11</sup> Und eben sie sind Träger der Wissenschaftsfreiheit. Dieses »Problem« will das BMBF durch die Schaffung von »Förderanreizen« insbesondere aus dem Verteidigungsministerium lösen. Im Drittmittel-dominierten deutschen Wissenschaftssystem kommt dies einer Kampfansage gegen die demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen gleich. Es liegt also entscheidend an uns, die Friedenswissenschaft neu zu fundieren und das Ansinnen des BMBF zurückzuweisen.

### Ein Blick in die Historie: Wissenschaft als gelebte Völkerverständigung

Der vom BMBF angesprochene »gewichtige historische Grund« ist der Sieg des Humanismus über Weltkrieg und den deutschen Faschismus, der bis heute wichtige Quelle für die Zivilklauselbewegung und die Friedenswissenschaften ist. Das Grundgesetz mit der Wissenschaftsfreiheit und die ersten Zivilklauseln sind das widersprüchliche Ergebnis, welches antifaschistische Kräfte mit der Ambition errungen haben, jeglichen Krieg aus der Geschichte der Völker zu verbannen: »Ich denke dabei nicht nur an die Fabrikation und den Handel mit Waffen, sondern auch an den Turnverein, in dem Wehrsport getrieben wird. Wohin diese Dinge uns geführt haben, wissen wir jetzt, und wir bezahlen heute die Rechnung für einen Unfug, den wir einmal leichtfertig duldeten«<sup>12</sup>, so Carlo Schmid, der im Parlamentarischen Rat an der Erarbeitung des Grundgesetzes mitgewirkt hat. An »dem Unfug« waren auch die Hochschulen beteiligt mit der Entwicklung deutschen Kriegsgeräts sowie der pseudowissenschaftlichen, propagandistischen Legitimierung von Massenmord, Versklavung und Plünderi. Dies kam nicht zuletzt den großen Wirtschaftsmonopolen wie der I.G. Farben zugute. In diesem Sinne ist die Wissenschaftsfreiheit Grundlage, um die Würde des Menschen (Art. 1 GG) zu verwirklichen. Sie bildet eine Einheit mit dem Friedensgebot (Art. 26 GG) und dem Sozialstaatsgebot (Art. 20 GG).

Die darauf aufbauenden Zivilklauseln sind nicht einfach Ablehnung der Indienstnahme



von Wissenschaften für Krieg und Zivilisationszerstörung, sondern grundlegendes Recht, um aus den Wissenschaften zur sozialen Wohlfühlentwicklung beizutragen. Die erste Zivilklausel in der Bundesrepublik wurde der Technischen Hochschule Charlottenburg im Rahmen des 4-Mächte-Abkommens durch die alliierten Mächte auferlegt. Zugleich sollte ihre Umbenennung zur Technischen »Universität« die Unverzichtbarkeit der allgemeinen, über das Technische hinausgehenden, Persönlichkeitsentwicklung zum Ausdruck bringen. So der britische General E. P. Nares bei der Eröffnungsfeier der neuen TU Berlin: »Naturwissenschaft und Technik können und müssen der Förderung des Friedens und der Kultur der Menschheit gewidmet sein, und nur wo ihre Anwendung in aller Verantwortlichkeit geschieht, ist dies möglich.« Das Herbeiführen von ebendieser Förderung des Friedens in der Wissenschaft sollte sich angesichts der Wiederbewaffnung und des Kalten Kriegs als schwieriges, aber dennoch erfolgreiches Unterfangen erweisen.

Exemplarisch ist der Beitrag der Mitglieder der Universität Hamburg im Frühjahr 1980 zum Friedensprozess der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Auf dem »Wissenschaftlichen Forum« der KSZE in Hamburg verständigten sie sich sowohl mit Wissenschaftler:innen anderer NATO-Staaten als auch mit denen aus Staaten des Warschauer Vertrages und aus Staaten, die keinem der beiden Militärbündnisse angehörten. Sie bildeten im kooperativen Streit neue Erkenntnisse zu Fragen alternativer Energiequellen, Nahrungsmittelerzeugung, Medizin sowie Problemen der Umwelt- und Stadtentwicklung. Gelungen ist dies durch das Engagement des Universitätsrektors Peter Fischer-Appelt und die, von dem berichterstattenden Journalisten Wladimir Lomejko benannte, Ambition der Wissenschaftler:innen, im Sinne Brechts zur »Erleichterung der menschlichen Mühsal beizutragen« und dafür aus der gemeinsamen humanistischen Tradition von Dostojewski und Tolstoi bis Goethe und Schiller zu schöpfen.<sup>13</sup> Sie schufen so die



Grauer Militärroboterhund

Perspektive, dass »blockübergreifende« Verständigung nachhaltig gelingt. Der KSZE-Prozess wurde fortgesetzt. Die folgenden Auseinandersetzungen um eine friedensorientierte Ausrichtung der Hochschulen wurden häufig positiv gewendet. Mittlerweile gibt es an über 70 Hochschulen und in drei Gesetzen von Bundesländern Zivilklauseln. Einige davon werden, u. a. durch das Bildungsministerium angestoßen, nun neu in Frage gestellt, wogegen sich vor Ort friedensbewegte Kräfte in den Hochschulen zusammenfinden: Mit dem offenen Brief »Hände weg von der Zivilklausel. Keine Eingriffe in die demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen!« wurden 623 Unterschriften von Organisationen und Einzelpersonen gesammelt und der Hessischen Landesregierung übergeben, die Zivilklauseln durch die Hochschulleitungen »überprüfen« lassen will.<sup>14</sup> Gegen das kürzlich verabschiedete Bayerische Landeshochschulgesetz, mit dem dortige Hochschulen zur Kooperation mit der Bundeswehr verpflichtet werden und Zivilklau-

seln verboten werden, ist eine Popularklage in Planung. Diese sieht das Vorhaben im Widerspruch zu der Wissenschaftsfreiheit und der Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Bayerischen Landesverfassung.<sup>15</sup> Auch um das Hamburger DESY (Deutsches Elektronen-Synchrotron) schließen sich Studierende und Hochschullehrende neu zusammen, um die Friedensklausel in den Leitlinien des DESY auszuweiten, anstatt das DESY für die Nutzung durch militärische Akteure zu öffnen.<sup>16</sup>

## Zivilklauseln für eine soziale Entwicklung

Damit die Hochschulen auch heute für Abrüstung, Diplomatie und internationale Solidarität wirken, muss das Grundverständnis, gerade der Friedenswissenschaften, neu als prinzipiell gewaltlehnend und humanistisch bestimmt werden. Wenn es aus Friedensforschungsinstituten heißt, die Waffenlieferungen an die Ukraine seien (leider) notwendig, bedeutet das nichts anderes, als den Krieg für alternativlos und natürlich zu erklären und damit zur Aufrechterhaltung der globalen Ungleichheit beizutragen. Gerade die Friedenswissenschaften haben gute Möglichkeiten, die Kriegsursachen zu verstehen und mit Verständigung, Empathie und lebensbejahender Kreativität Lösungen für die Konflikte und Kriege zu entwickeln. Entscheidend ist parteiisch einzugreifen, wie es bereits die »kritischen Friedensforscher\*innen« auf einer Tagung in Wannsee 1971 als ihr Selbstverständnis formuliert haben: »Danach verstanden sich Kritische Friedensforscher [...] als wissenschaftliche Parteigänger von Menschen, die durch die ungleiche Verteilung sozialer und ökonomischer Lebenschancen in und zwischen Nationen (d. h. durch strukturelle Gewalt) betroffen sind: von Ausgebeuteten, von sozial Diskriminierten und von unmittelbar in ihrer physischen Existenz Bedrohten.«<sup>17</sup> Partei ergreifen heißt, für die Allgemeinheit bessere Lebensbedingungen zu schaffen, begonnen mit dem Ausbau von Bildung, Kultur, Sozialem und Gesundheit. Jede Wohnung, die als Sozialwohnung dem Markt entzogen wird, ist nicht als Armenunterstützung zu verstehen, sondern sie ist vergesellschaftet und bedeutsam für alle. Um in diesem Sinne für die Gleichheit zu wirken, bildet der UN-Sozialpakt, der als antifaschistische Konsequenz die Menschenrechte konkretisiert, einen guten Ausgangspunkt für unsere wissenschaftliche Tätigkeit: »Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard [...] an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und erkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeu-

tung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhenden Zusammenarbeit an.«<sup>18</sup> Im Kampf um die Verwirklichung dieser Messlatte des Fortschritts werden Studium und wissenschaftliche Arbeit nicht nur sinnvoller, sondern auch lebendiger und erfreulicher. Denn dann forschen, lehren und arbeiten potenziell alle Hochschulmitglieder im gemeinsamen Interesse, was die Hochschulkultur enorm befördert und positiv zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen würde. Bildung, Kunst, Wissenschaft sind (so realisiert) Lebenselixier des Menschen und unverzichtbar auf dem Weg zu einer global geeinten Menschheit.

Mit einem solchen Anspruch werden wir auch mutiger in den aktuellen Konflikten. Wesam Amer, Dekan der durch das israelische Militär zerstörten Gaza-Universität, hat sich in einer Diskussionsveranstaltung an der Uni Hamburg für den sofortigen Wiederaufbau der Hochschulen in Gaza ausgesprochen.<sup>19</sup> In der Bundesrepublik haben wir gute Bedingungen, um dazu beizutragen, wenn wir die antifaschistisch erwirkte Wissenschaftsfreiheit wahrnehmen. Konkrete Schritte sind Wissenschaftskooperationen mit Hochschulen in Gaza auf- und auszubauen, begonnen mit dem Wiederaufbau der zerstörten Hochschulen, sowie Stipendienprogramme für fliehende Lehrende und Studierende aus Gaza zu etablieren. Damit dies gelingen kann, ist es elementar, dass wir aus den Hochschulen heraus für einen sofortigen Waffenstillstand eintreten. Wenn wir diese Überlegungen aufgreifen, nehmen wir die Wissenschaftsfreiheit gleichzeitig als Grundlage, um sie gegen die »Zeitenwende« neu auszuweiten. Der Marburger Politikwissenschaftler und Antifaschist Wolfgang Abendroth hat in den 50er Jahren betont, dass es eine Frage der gesellschaftlichen Hegemonie sei, ob das Grundgesetz zur Wahrung oder zur Überwindung der kapitalistischen Geschäftemacherei genutzt werde: »Wenn nämlich der Widerstand stets erfolgreich ist, entwickelt sich das Klassenbewusstsein der ungeheuren Majorität der Bevölkerung [...] dahin, dass sie dann die Möglichkeit des Art. 15 des Grundgesetzes [die Vergesellschaftung] nutzt.«<sup>20</sup> Alle Forschungsfragen sollten in diesem Sinne demokratisch unter den Hochschulmitgliedern bestimmt werden, die jeweils Träger der Wissenschaftsfreiheit sind. Dies gelingt anhand der (ebenfalls zu bestimmenden) gesellschaftlichen Bedarfe, denn: Die Freiheit des Willens ist die »Fähigkeit mit Sachkenntnis entscheiden zu können«<sup>21</sup>.

## Wer den Frieden will, bereite den Frieden vor

Die notwendige gesellschaftliche Entwicklung zur Verwirklichung der Menschenwürde macht es unausweichlich, den wissenschaftlichen Austausch und die Zusammenarbeit zu den drängenden Menschheitsfra-



gen wie Klimawandel, Krieg und Flucht erneut aufzubauen und auszuweiten. Dafür sind zivile Wissenschaftskooperationen nicht nur mit Palästina zu entwickeln, sondern auch mit Israel. Die abgebrochenen Hochschulkooperationen mit Russland sollten wieder aufgenommen, Kooperationen mit China und anderen gegenwärtig gebundnen Ländern ausgebaut werden. Das enorme Potenzial zeigt sich mit Blick auf die bedeutsame Wirkung der Kooperation mit den Universitäten der Sowjetunion im Kalten Krieg. Dies kann nur durch aktives Eingreifen der Hochschulangehörigen in den Lauf des Wissenschaftsbetriebs realisiert werden. Jeder ist handelndes Subjekt im »Kampf um die Köpfe«.

Entscheidend ist, dass wir Hochschulmitglieder Verantwortung dafür übernehmen, dass unsere Erkenntnisse zu sozialen Verbesserungen beitragen – insbesondere im Dual-Use-Bereich, wo sowohl ziviler als auch militärischer Nutzen aus der Forschung gezogen werden kann. Damit werden die Grundlagen für umfassende Gesundheit, kulturelle Teilhabe, gute Arbeitsbedingungen, nachhaltige Mobilität als Faktor für egalitäre weltweite Beziehungen größer. Andersherum gilt: Wenn wir uns (alle) nicht an Kriegsforschung beteiligen, werden weitere und immer hochtechnisiertere Waffen gar nicht erst entwickelt und die zu Kriegsführungen benötigten Propaganda-Erzählungen und Menschenbilder werden weniger geglaubt. Damit die Hochschulmitglieder in diesem Sinne arbeiten können, streiten wir dafür, dass die Hochschulen auskömmlich öffentlich finanziert, demokratisiert und Arbeits- und Studienbedingungen verbessert werden. Jeder Euro, der für pazifistische Literatur, BAföG oder Kriegsursachenforschung ausgegeben wird, kann nicht in die Rüstung gehen und ist ein Beitrag, damit wir klüger werden, um die Kriege zu beenden.

Albert Einstein hat als Lehre aus dem ersten Weltkrieg und gegen die beginnenden Kriegsvorbereitungen des zweiten Weltkriegs gefragt: »Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen?« Was hieße es also heute für die Wissenschaften ihre Erkenntnismöglichkeiten für soziale Verbesserungen zu entfalten? So können wir z. B. in medienwissenschaftlichen Studiengängen für eine ausgewogene Berichterstattung lernen, in Medizin und Gesundheitswissenschaften erforschen, welche strukturellen Bedingungen gesund statt krank machen, in der Sozialen Arbeit mit Friedenspädagogik die »Perspektive der Anderen« verstehen und in technischen Studiengängen zu einer nachhaltigen Versorgung aller Menschen beitragen.

Wir bringen Aktive zusammen, die für den Ausbau von Friedenswissenschaft durch bspw. Ringvorlesungen wirken und gegen die Infragestellungen von Zivilklauseln u. a. in Hessen, Bayern und Hamburg streiten. Und verbinden dies mit der, insbesondere auch an den Hochschulen, neu entwickelten

Palästina-Solidaritätsbewegung und den Friedensbewegten Kämpfen für eine Beendigung der Eskalationspolitik gegenüber Russland und China. Die blockübergreifenden Hochschulkooperationen im Kalten Krieg sowie bis heute bestehende Friedensforschungsinstitute und Friedensforschungsbereiche sind nicht zuletzt im Zusammenspiel von Studierenden- und Friedensbewegung gegründet worden. In diesem Sinne laden wir alle ein, auch im heutigen Ringen um die Hochschulen mit zu denken, zu wirken und Bündnisse neu zu suchen.

In der Frankfurter Erklärung, der Abschlusserklärung des Zivilklauselkongresses im März 2024, haben wir uns vorgenommen: »Wir haben Besseres vor: In unserem Interesse ist jene Wissenschaft, mit der wir für internationale Abrüstung, Verständigung und Kooperation sowie für die soziale und ökologische Erneuerung des Zusammenlebens als notwendige Voraussetzungen für eine lebenswerte Zukunft aller Menschen eintreten.« »Wir nehmen die Gesellschaft selber in die Hand!«<sup>22</sup>

### Anmerkungen

- 1) Gaza Academics and Administrators 2024: »Open letter by Gaza academics and university administrators to the world. We call on our supporters to help us resist the Israeli campaign of scholasticide and rebuild our universities«, auf: *ALJAZEERA*, 29.05.2024. <https://www.aljazeera.com/opinions/2024/5/29/open-letter-by-gaza-academics-and-university-administrators-to-the-world>. Im Original heißt es: »Education is not just a means of imparting knowledge; it is a vital pillar of our existence and a beacon of hope for the Palestinian people.«
- 2) Vgl. [www.zivilklausel.de](http://www.zivilklausel.de) [18.09.2024].
- 3) Vgl. [www.zivilklausel-kongress.de](http://www.zivilklausel-kongress.de) [18.09.2024].
- 4) Bundesministerium für Bildung und Forschung 2024: Im Wortlaut. Antwort des BMBF auf 100 Fragen zum offenen Brief. 31.07.2024. <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldungen/de/2024/07/100-fragen-beantwortung.html> [18.09.2024].
- 5) Lehrende an Berliner Universitäten 2024: Statement von Lehrenden an Berliner Universitäten. [https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSFvY2D5Xy\\_DMiaMx2TsE7YediR6qifxoLDP1zIjKzEI9t1LWw/viewform](https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSFvY2D5Xy_DMiaMx2TsE7YediR6qifxoLDP1zIjKzEI9t1LWw/viewform) [18.09.2024].
- 6) Z. B. TU Berlin 2024: Knappe Mehrheit im AS für Rücktritt der TU-Präsidentin / Geraldine Rauch in ihrer Reaktion: »Ich trete nicht zurück.« <https://www.tu.berlin/nachrichtendetails/knappe-mehrheit-im-as-fuer-ruecktritt-der-tu-praesidentin-geraldine-rauch-in-ihrer-reaktion-ich-trete-nicht-zurueck> [18.09.2024].
- 7) Food and Agriculture Organization (2024): The State of Food Security and Nutrition in the World. Zitiert nach: Weltagrarbericht. Hunger im Überfluss. <https://www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichts/hunger-im-ueberfluss.html#:~:text=Nach%20Angaben%20der%20Welttern%C3%A4hrungsorganisation%20waren,steigen%20die%20Zahlen%20wieder%20an> [18.09.2024].
- 8) *Passauer neue Presse* 2023: »Wissenschaft ist harte Geopolitik«, 5.8.2023.
- 9) Z. B. Bettina Stark-Watzinger 2024: »Wir müssen unsere Forschung besser vor China schützen«, auf: *FAZ.Net*, 21.08.2023. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/stark-watzinger-wir-muessen-unsere-forschung-vor-china-schuetzen-19116350.html> [18.09.2024].
- 10) Bundesministerium für Bildung und Forschung (2024): Positionspapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Forschungssicher-

heit im Lichte der Zeitenwende. <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldungen/de/2024/03/240311-positions-papier-forschungssicherheit.html> [18.09.2024].

- 11) Initiative Hochschule für den Frieden. Ja zur Zivilklausel! 2024: Kommentar zum »Positionspapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Forschungssicherheit im Lichte der Zeitenwende«. [www.zivilklausel.de/images/Kommentar%20BMBF.pdf](http://www.zivilklausel.de/images/Kommentar%20BMBF.pdf) [18.09.2024].
- 12) Carlo Schmid 1948: in der 2. Sitzung des Parlamentarischen Rats zur Erarbeitung des Grundgesetzes 8. September 1948. In: Parlamentarischer Rat, Stenographische Berichte über die Plenarsitzungen, 1949: 16.
- 13) Wladimir Lomejko 2012 [1980]: »Das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit festigen«, in: Peter Fischer-Appelt: *Die Universität als Kunstwerk. Beiträge aus sechs Jahrzehnten*, Berlin: 294f.
- 14) Initiative Hochschule für den Frieden. Ja zur Zivilklausel! 2023: Hessenweiter Aufruf. Hände weg von der Zivilklausel! Für zivile Wissenschaft und Bildung! Gegen die Militarisierung der Hochschulen! [https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSeUmAHLVgtluekaPy-CcHeoWLAJ\\_mJrA1FAKjrN6ejmmejdj/viewform](https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSeUmAHLVgtluekaPy-CcHeoWLAJ_mJrA1FAKjrN6ejmmejdj/viewform) [18.09.2024].
- 15) GEW Bayern 2024: Popularklage gegen das Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern in Vorbereitung. Bis zum 30. November 2024 können sich Einzelpersonen und Verbände als Mitklagen melden. <https://www.gew-bayern.de/themen/nein-zum-bundeswehrgesetz> [18.09.2024].
- 16) Science4Peace@DESY. <https://science4peace.de/index.html> [26.09.2024]. Petition »Opening civil research facilities to military projects is NOT IN OUR NAME!« [https://www.change.org/p/opening-civil-research-facilities-to-military-projects-is-not-in-our-name?utm\\_medium=custom\\_url&utm\\_source=share\\_petition&recruited\\_by\\_id=99e86b60-e559-11ee-8da5-a9c21ee41aac](https://www.change.org/p/opening-civil-research-facilities-to-military-projects-is-not-in-our-name?utm_medium=custom_url&utm_source=share_petition&recruited_by_id=99e86b60-e559-11ee-8da5-a9c21ee41aac) [26.09.2024].
- 17) Ulrike Wasmuth 1998: *Geschichte der deutschen Friedensforschung. Entwicklung – Selbstverständnis – Politischer Kontext*, Münster; zitiert nach: Werner Ruf 2023: »Die Friedensforschung und der Markt«, in: »Quo vadis, Friedensforschung? Dossier 96.« *Wissenschaft und Frieden* 1/2023.
- 18) UN Sozialpakt 1966: Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsschutz/deutschland-im-menschenrechtssystem/vereinte-nationen/vereinte-nationen-menschenrechtsabkommen/sozialpakt-icescr> [18.09.2024].
- 19) Wesam Amer 2024: »Von Gaza nach Hamburg: Die Bedeutung von Universitäten und Völkerrecht für den Frieden«. Mit Prof. Dr. Norman Paech, Dr. Wesam Amer. Von Kritische Sozialökonom:innen und Referat für internationale Studierende Universität Hamburg. <https://www.youtube.com/watch?v=s8-MVfobbC4> [18.09.2024].
- 20) Wolfgang Abendroth 1977: »Diskussionsbeitrag«, in: Peter Römer (Hg.): *Der Kampf um das Grundgesetz*, Frankfurt a. M.: 255.
- 21) Friedrich Engels 1962 [1878]: »Anti-Dühring«, in: *Marx/Engels Werke*, Bd. 20, Berlin: 106.
- 22) Initiative Hochschule für den Frieden. Ja zur Zivilklausel! 2024: Frankfurter Erklärung. Kriegstüchtig? Friedensfähig! Wissenschaft für eine zivile Zeitenwende jetzt! Abschlusserklärung des bundesweiten Zivilklauselkongresses 16.-17.03.2024 Frankfurt am Main. [http://www.zivilklausel.de/images/Frankfurter\\_Erklärung\\_Zivilklauseln.pdf](http://www.zivilklausel.de/images/Frankfurter_Erklärung_Zivilklauseln.pdf) [18.09.2024].

Der Artikel wurde von einem Autor:innenkollektiv der bundesweiten Initiative »Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel« verfasst. [www.zivilklausel.de/wer-wir-sind](http://www.zivilklausel.de/wer-wir-sind). Kontakt: [info@zivilklausel.de](mailto:info@zivilklausel.de)